

**Pressekonferenz der Plattform Agenda 2030, 3. Juli 2018, Bern**

### **Wie nachhaltig ist die Schweiz?**

*Eva Schmassmann, Fachverantwortliche Entwicklungspolitik Alliance Sud, Präsidentin der Plattform Agenda 2030*

Am 17. Juli 2018 wird die Schweiz der UNO in New York ihren Länderbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vorstellen. Dieser Bericht wurde am 20. Juni vom Bundesrat verabschiedet: Er ist massiv enttäuschend ausgefallen, obwohl in einem aufwändigen Prozedere auch zivilgesellschaftliche Akteure konsultiert wurden. Auf mageren 24 Seiten nimmt der Bundesrat Stellung zur Umsetzung der Agenda 2030. Zum Vergleich: Die UNO-Richtlinien, wie ein solcher Bericht strukturiert sein soll, sind doppelt so umfangreich.

Für die Organisationen der Plattform Agenda 2030 ist die Agenda 2030 ein universeller Referenzrahmen. Im Gegensatz zu den früheren Millenniumsentwicklungszielen der UNO richtet sich die Agenda 2030 nicht nur an Entwicklungsländer, sondern nimmt auch reiche Länder wie die Schweiz in die Pflicht. Ausserdem bezieht sie alle Dimensionen der Nachhaltigkeit mit ein: Soziales, Umwelt, und Wirtschaft. Alle Staaten haben sich zur Agenda 2030 bekannt und berichten regelmässig über ihre Fortschritte bei der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, auf Englisch bekannt als Sustainable Development Goals, kurz: SDGs.

Die Agenda 2030 gibt selber Eckwerte für die Erstellung der Länderberichte vor: Diese sollen offen, inklusiv, partizipatorisch und transparent sein, empirisch fundiert und abgestützt auf die internationalen Indikatoren. Der Länderbericht der Schweiz genügt diesen Anforderungen klar nicht:

**Transparenz und Partizipation:** Der heute von der Plattform Agenda 2030 publizierte Bericht zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die Beiträge aus der Zivilgesellschaft nicht in den bundesrätlichen Bericht eingeflossen sind. Während der Bundesrat insgesamt ein rosa-gefärbtes Bild zeigt, identifizieren die Autorinnen und Autoren unseres Berichts zahlreiche Herausforderungen. Aus den Bereichen Armutspolitik, Umwelt und Geschlechtergleichstellung werden wir gleich noch Details hören. Diese Herausforderungen haben wir bereits in den Befragungen der Verwaltung letztes Jahr genannt. Im Bericht des Bundesrates finden wir sie nicht wieder. In einer früheren Version des Berichts waren sie zumindest teilweise noch enthalten. Zwar hat Bundesrat Cassis gestern einer Veröffentlichung dieser Bestandesaufnahme zugestimmt, in New York wird er jedoch nur sein „Länderberichtli“ vorstellen.

**Empirisch fundiert und abgestützt auf internationale Indikatoren:** Im Rahmen der Agenda 2030 wurden Indikatoren zur Zielerreichung festgelegt. Der Länderbericht der Schweiz nimmt nur ein gutes Drittel dieser Indikatoren auf. Einige zentrale Unterziele der Agenda 2030 misst er jedoch gar nicht, und bei einem grossen Teil der gewählten Indikatoren wird der Inhalt des SDGs völlig uminterpretiert. Zum Beispiel beim SDG 8.9, das folgendes fordert: Bis 2030 Politiken zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus erarbeiten und umsetzen, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert“. Hier misst der globale Indikator den Anteil Jobs im *nachhaltigen* Tourismus. Doch die Schweiz misst einzig die Anzahl Beschäftigter im Tourismussektor – und erklärt das Ziel damit als erreicht. Andere zentrale Ziele werden

von der Schweiz gar nicht gemessen, so zum Beispiel das SDG 16.4, das den Abfluss von unlauteren Geldflüssen verringern will. In diesem Bereich spielt die Schweiz eine zentrale Rolle: Sie ist eines der bedeutendsten Finanzzentren dieser Welt und mit 30% Marktanteil weltweit führend in der Verwaltung von Auslandvermögen. Ausgesprochen problematisch für die Umsetzung der Agenda 2030 in den Entwicklungsländern sind die bisherigen schweizerischen Steuerprivilegien für die Auslandgewinne multinationaler Konzerne. Sie schaffen massive Anreize für Gewinnverlagerungen in die Schweiz und tragen dazu bei, dass den Entwicklungsländern mögliche Steuereinnahmen im Umfang von geschätzt 200 Milliarden Dollar pro Jahr entgehen. In der geplanten schweizerischen Unternehmenssteuerreform, der sogenannten Steuervorlage 17, sieht der Bundesrat zwar die Abschaffung der bisherigen Steuerprivilegien vor, will sie aber durch Massnahmen ersetzen, die letztlich dieselbe Wirkung entfalten.

**Aus Sicht von Alliance Sud sind bei der Umsetzung der Agenda 2030 folgende drei Punkte zentral:**

- Die Schweiz braucht ein SDG-Büro, das über die verschiedenen Departemente und Bundesämter hinweg die Umsetzung der Agenda 2030 koordiniert. Diese Stelle muss mit den notwendigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet sein, um Nachhaltigkeitsprüfungen von politischen Geschäften veranlassen zu können und als Ansprechperson für externe und interne Akteure zu dienen.
- Die Schweiz muss die notwendigen finanziellen und regulatorischen Mittel zur Umsetzung der Agenda 2030 bereitstellen. Dazu gehört ein Budget, das 0.7% des Nationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit bereitstellt, eine Politik, die den Kampf gegen den Abfluss von Steuergeldern aus Entwicklungsländern ins Steuerparadies Schweiz vorantreibt sowie Massnahmen, um Investitionen der Nationalbank, von Pensionskassen etc. nachhaltig gemäss Pariser Klimaabkommen und Agenda 2030 zu gestalten. Ebenso dazu gehört die gesetzliche Verankerung der Konzernverantwortung in Bezug auf Menschenrechte und Umweltstandards.
- Insbesondere muss die Schweiz die verschiedenen Politikbereiche *kohärent im Sinne der nachhaltigen Entwicklung* gestalten. Dies bedingt, dass Entscheide in der Aussenhandelspolitik, in der Steuerpolitik oder beim Waffenexport die Erreichung der SDGs konsequent vorwärts bringen.

**Kontakt**

*Eva Schmassmann, Fachverantwortliche Entwicklungspolitik Alliance Sud,  
Präsidentin der Plattform Agenda 2030  
Tel. 076 458 89 52*